

Eingang:

Frankfurt, 26. Januar 2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Armuts- und Reichtumsbericht für Frankfurt erstellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Armuts- und Reichtumsbericht für Frankfurt in 2012 zu erstellen. Um gesellschaftliche Probleme auch auf kommunaler Ebene klar benennen zu können, soll der Bericht differenzierte Informationen über die Entwicklung und Verteilung von Ressourcen- und Lebenslagen bereitstellen. Eine Gegenüberstellung der Einkommensunterschiede, vor Steuern und Transferleistungen, ist dabei unerlässlich. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben und veröffentlicht.

Begründung:

Die Bekämpfung und Vermeidung von Armut ist eine der zentralen Aufgaben der Politik in Stadt, Land und Bund. Armut ist ursächlich kein individuelles, sondern ein gesellschaftlich und strukturell bedingtes Problem. Und es ist zu beobachten, dass die Verwaltung der Armut zunehmend und verstärkt auf die Kommunen abgewälzt wird. Auch in der Finanzmetropole Frankfurt sind immer mehr Bürgerinnen und Bürger von Armut bedroht oder unmittelbar betroffen. Daher sollten sowohl die Stadtverordnetenversammlung und ihre Organe, die verschiedenen sozialpolitischen Akteure sowie eine interessierte städtische Öffentlichkeit, der Erstellung eines übersichtlichen und aussagefähigen Armuts- und Reichtumsbericht eine hohe Priorität einräumen.

Kommunale Untersuchungen sind notwendig, da Armut und Reichtum regional unterschiedlich verteilt sind, woraus sich räumlich verschiedene Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten ableiten lassen. Grundlage dafür ist, unter anderem, die Dokumentation von Einkommensungleichheit. Es gibt eine Vielzahl von neuen Studien, die den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und sozialen und gesundheitlichen Problemstellungen aufzeigen. Diesen neuen Erkenntnissen dürfen sich die Stadtverordnetenversammlung und die städtischen Behörden nicht verschließen.

Seit 2008 fordert DIE LINKE. im Römer einen Armuts- und Reichtumsbericht, der bis hierhin mit einem bunten Strauß von Argumenten verweigert wurde, wobei eine breite öffentliche Empörung ausblieb. Es ist klar, dass eine sozioökonomische Dokumentation von Ungleichheit eine politische

Brisanz ersten Ranges darstellt. Aber nur auf der Grundlage belastbarer Daten kann Armut wirksam bekämpft werden.

DIE LINKE. im Römer

Lothar Reininger
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerin / Antragsteller:

Stv. Dominike Pauli
Stv. Carmen Thiele
Stv. Dr. Peter Gärtner
Stv. Merve Ayyildiz